

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Verkäufer 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat. Postfach Nr. 25885 „Sozialistischer Verlag, E. G. m. b. H.“, Breslau. Anzeigenpreise: Die Spaltenmeterpreise ober deren Raum 0,90 Mk., auswärts 0,95 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklams: Die Spaltenmeterpreise, vertikal ober deren Raum, im Wert 3.— Mk.

Eisenbahner heraus!

Dienstag, den 28. Dezember 1920, abends 7 Uhr, im „Central-Ballsaal“, Westendstraße 50/52

Öffentliche Versammlung

Thema: Das demokratische Parlament, die Kommunisten und die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner.

Referent: Gen. Klein-Samburg.

Der Aktionsausschuß der K. A. P. D. (Ortsgruppe Breslau).

Politische Uebersicht.

Die Beamtenbewegung.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Ortsverwaltung München des Deutschen Eisenbahnerverbandes beschlossen jüngst, auch ihrerseits an der Forderung einer Erhöhung der Teuerungszulagen festzuhalten. Sollte die Reichsregierung den Forderungen der Arbeiter und Beamten nicht entgegenkommen, so sollen die Forderungen mit den letzten Kampfmitteln durchgesetzt werden.

Die Forderungen der Beamten.

1. Der Teuerungszuschlag für die Eisenbahnarbeiter in Anlage 1 des Reichslohntarifs vom 5. August 1920 ist entsprechend der am 19. November 1920 überreichten Forderung gleichmäßig um eine Mark für die Stunde zu erhöhen.
2. Für die Beamten ist eine Erhöhung der Teuerungszuschläge in folgender Weise durchzuführen: In Besoldungsgruppe 1 auf 90 Prozent, Besoldungsgruppe 2 auf 85 Prozent, Besoldungsgruppe 3 auf 80 Prozent, Besoldungsgruppe 4 auf 75 Prozent, Besoldungsgruppe 5 und 6 auf 70 Prozent, Besoldungsgruppe 7 und 8 auf 65 Prozent, Besoldungsgruppe 9 und 10 auf 60 Prozent und in den Besoldungsgruppen 11, 12 und 13 auf 55 Prozent.
3. Für die Diätare sind die vom Reichsgutachterauschuß vorgeschlagenen Sätze in Anwendung zu bringen.
4. Das Besoldungsgesetz ist in allen Teilen, auch wegen des Besoldungsdienstalters, mit Beschleunigung in Kraft zu setzen.
5. Wegen der vom Reichstag in einer Entschließung geforderten Revision des Besoldungsgesetzes ist sofort mit den Spitzenorganisationen in Verhandlungen einzutreten.
6. Die vom Reichstag zur Beamtenbesoldungsordnung bereits getroffenen Regelungen werden durch diese Forderungen nicht berührt.

Die in Nr. 174 der „Arb.-Ztg.“ vom 24. Dezember unter der Ueberschrift „Werden die Eisenbahner freieren?“ gemachte Angabe, daß 50 Eisenbahner-Verbände dem „Vorwärts“ einen Aufruf zugehen ließen, beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich nur um 4 Eisenbahnerverbände.

Der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten teilt mit: Die am 23. Dezember im Verbandshause des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten versammelten Vorstandsvertreter der Postbeamtenschaft, nämlich des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten und des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten mit über 200 000 Mitgliedern, beschloffen die Gründung einer Reichsgewerkschaft für Post- und Telegraphenbeamte. Mit den Arbeiten zum Aufbau wurde ein Ausschuß beauftragt, der durch Vertreter der anderen postalliierten Gewerkschaften, die zur Mitwirkung eingeladen werden sollen, ergänzt werden soll. In dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Kampfschlange werden die vereinigten Verbände bereits geschlossen auftreten.

Die vollendete Demokratie Deutschlands.

Die Erfurter Straßammer hat den Offizierstellvertreter im Reichswehrregiment 21, Seybold, wegen Feigheit vor dem Feinde zu einem Jahr Gefängnis und Ver-

setzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt, weil er sich bei den Märzunruhen in Gotha heimlich von seinem Truppenteil entfernt habe.

Es lebe der frisch-fröhliche Bürgerkrieg. Wer den Reichen den Profit beschneidet, ist „der Feind“ für die in Deutschland herrschende Klasse. Man muß solche Urteile lesen und dazu die abgedroschenen nationalen Phrasen auf sich wirken lassen, die jetzt wieder einmal zur Abstimmung in Oberschlesien auf Millionen von Flugschriften dem Volk gereicht werden, um die sinkende Verlogenheit des Bourgeoisstaates, genannt „Deutsches Reich“, zu erfassen.

Die Königsberger „Rote Fahne“ veröffentlicht authentisches Material über die Organisation der Einwohnerwehr in Ostpreußen.

In achtunddreißig Wehrbezirken ist die Einwohnerwehr laut Dokumenten militärisch organisiert für den Fall „innerer Unruhen“ und äußerer Kämpfes. Die Leiter sind ausschließlich Grafen, Rittergutsbesitzer und andere Reaktionsäre. Der demokratische Oberpräsident Siehe verteilt Waffen, Stabsquartier, Befehlspläne, Sanitätsdienst, Verpflegungsnachschub, Reserven detailliert geregelt.

Die Konterrevolution in Ostpreußen.

Die Königsberger „Rote Fahne“ veröffentlicht authentisches Material über die Organisation der Einwohnerwehr in Ostpreußen. In achtunddreißig Wehrbezirken ist die Einwohnerwehr laut Dokumenten militärisch organisiert für den Fall „innerer Unruhen“ und äußerer Kämpfes. Die Leiter sind ausschließlich Grafen, Rittergutsbesitzer und andere Reaktionsäre. Der demokratische Oberpräsident Siehe verteilt Waffen, Stabsquartier, Befehlspläne, Sanitätsdienst, Verpflegungsnachschub, Reserven detailliert geregelt.

Meldung: Innerhalb der ostpreussischen Einwohnerwehren (Orts- und Grenzwehren) tritt eine einmütige Bewegung gegen die von der Entente geforderte Auflösung zutage. In zahlreichen Entschließungen an die Reichsbehörden wird angefleht, der gefährdeten Lage der Provinz die Auflösung der Wehren entschieden abgelehnt.

Königspartei.

In Sachsen ist eine Königspartei gegründet worden.

Rühle.

Wie der von Rühle geleitete Dresdener „Kommunist“ meldet, sind die Dresdener Anhänger der K. A. P. D. geschlossen aus der K. A. P. D. ausgestiegen und haben die Partei überwunden. Sie haben sich mit der Freien Arbeiterunion (Syndikalisten) zu einem revolutionären Kartell Ost-Sachsens vereinigt. Dieses Kartell sei die neue Einheit der revolutionären Kämpfer auf neuer Grundlage. Der „Kommunist“ nennt diese Beschlässe eine befreiende Tat. Damit ist — zunächst! — für Rühle eine folgerichtige Entwicklung abgeschlossen, die mit der Sezession aus der alten K. A. P. D. begann und mit dem Ausschluß aus der K. A. P. D. fortgesetzt wurde.

Die Erneuerung der heiligen Allianz.

Die Wiedergutmachungskonferenz in Brüssel: die deutschen Delegierten bemühen sich mit allen Mitteln der Entente nachzuweisen, daß Deutschland bankrott sei und bare Kriegsschadigungen größeren Umfangs nicht zahlen könne, daß es vielmehr nur in der Lage sei, Wiedergutmachungen in Form von Arbeitsleistungen und Materiallieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu machen. War auf diese Beweisführung schon der Tenor der deutschen Denkschriften an die Konferenz gestimmt, so bemühten sich die Delegierten in allen ihren Ergänzungsausführungen, ihn nochmals gehörig zu unterstreichen. Selbst der frühere Millionär, der jetzt infolge der angespannten Besteuerung und der Teuerung der Lebenshaltung in Deutschland seine gewohnte Lebenshaltung nicht mehr aufrechterhalten könne, fehlte nicht in den deutschen Argumentationen. Natürlich sollte sein bejammernswertes Schicksal nur demonstrieren, daß die besitzenden Klassen Deutschlands steuerlich zu weiteren Leistungen als den bisherigen nicht mehr in der Lage seien.

Aus der Fülle des von den deutschen Vertretern sonst noch vorgetragenen Materials über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands war das meiste schon bekannt, aber doch einiges nicht uninteressant für die breitere Öffentlichkeit. Vor allem muß in den Ausführungen auffallen das gänzliche Fehlen eines der bestbelegten Argumente der deutschen Scharfmacher in ihrem Kampfe gegen die soziale Besserstellung des Proletariats: der Hinweis auf die hohen Löhne und Gehälter, die an dem fürchterlichen Preisaufschlag in Deutschland schuld sein sollen. Nicht ein Wort sprach man in Brüssel davon, wenn auch die wiederholten Hinweise auf die Mittel zur Abwendung der deutschen Bankrotterklärung: Arbeit und Sparsamkeit nicht nur in der Staats-, sondern auch Privathaushaltung als Umschreibung angesehen werden müssen. Man konnte nicht anders, wenn man nicht sehr unangenehme Replikalen provozieren wollte, die mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit ergeben hätten, daß selbst nach der wohlwollendsten Ansicht der Ententevertreter die Lage der deutschen Arbeiter hundsmiserabel sei im Vergleich mit der aller Proletariatskategorien im anderen Lager. Das Argument der zu hohen Löhne wird also zunächst noch auf seine Rolle im Inneren Deutschlands beschränkt bleiben.

Mit um so mehr Fleiß wiesen die deutschen Sachverständigen — und zwar mit vollem Recht — auf die unheilvolle Rolle der wahnstinnigen Materialpreissteigerungen in Deutschland hin. Sehr interessant war in dieser Hinsicht die Erklärung des Staatssekretärs Bergmann über die Ursachen des ungeheuren Defizites der staatlichen Vertriebsbetriebe, vor allem von Eisenbahn und Post. Ihre Unterbilanz von rund 20 Milliarden Mark nannte er eine Nachwirkung der ungeheuren Kosten der Erneuerung des im Reize abgenutzten Materials und der erheblichen Erhöhung aller Sachkosten, wobei er die Steigerung der Gehälter und Löhne erst in letzter Linie anzog. Bisher las man es bei uns bekanntlich genau umgekehrt.

Der Reichsbankpräsident Hakenstein, einer der Hauptschuldigen an der verbrecherischen Antriebspolitik Deutschlands im Kriege — daß der Mann in Brüssel Deutschland vertreten kann, ist übrigens auch ein nettes Beispiel für den Charakter der sogenannten deutschen Republik — referierte über die Entwicklung der deutschen Valuta und Zahlungsbilanz. Am 1. Juli dieses Jahres habe die deutsche Unter-

bilanz im Handelsverkehr mit dem Auslande bereits 37 Milliarden Mark betragen und sei in den folgenden Monaten um je 6 Milliarden Mark angewachsen. Schon im ersten Halbjahr 1920 hätte die deutsche Handelschuld an das Ausland mehr als 50 Milliarden Mark betragen. Die Folge der fortschreitenden Entwertung des deutschen Geldes, die er hauptsächlich auf das dauernde rapide Anschwellen der ungedeckten, sogenannten schwebenden Reichsschuld zurückzuführen, welche sich jetzt auf rund 150 Milliarden Mark beläuft, sei die Einschränkung der Einfuhr notwendiger Nahrungsmittel und Rohmaterialien. Es könne noch soweit kommen, daß die Einfuhr nach Deutschland nur noch im Wege des Kaufhandels möglich sein werde, womit sich dann das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands entschieden habe. Nebenbei erwähnt wurde noch die Frage Oberschlesiens, daß, wie die deutschen Delegierten erklärten, unumgänglich notwendig sei für die Erhaltung der deutschen Wirtschaftskraft und Finanzkraft. Die positiven Vorschläge beschränken sich bisher in der deutschen Forderung nach Wiederherstellung eines Teiles des deutschen Handelsflotte, nach Gewährung großer Ententekredite für die Beschaffung von Rohstoffen und nach Herabminderung der Ententeforderungen für die Unterhaltung der Besatzungsmächte in den deutschen Grenzgebieten.

Im allgemeinen benützte die deutschen Delegierten sehr geschickt die Vorschläge, die vor kurzem die Finanzkonferenz der alliierten Staaten in Brüssel als Resultat ihrer Beratungen veröffentlichte. Sie hatte zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in den nationalen Staatsbudgets und zur Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen verlangt: größte Sparsamkeit jedes Einzelnen, ausgebreitetste Arbeitsleistung, Ausbalanzierung der Budgets durch unbarmherzigste Anspannung der Steuerkraft, Verwindung der schwebenden Schulden in fundierte und Einstellung der Inflation. In genau derselben Richtung bewegten sich die Ausführungen der deutschen Wiedergutmachungsvertreter in Brüssel, was psychologisch ohne Zweifel sehr geschickt war und den Interessen der deutschen Bourgeoisie am förderlichsten. Denn alle diese weisen Rückschlüsse haben zur Voraussetzung: die allerhöchste Ausbeutung der menschlichen Arbeit. Ihr Ziel ist, allen kapitalistischen Staaten Rettung zu bringen.

Die eigentliche Ursache der jammervollen Wirtschaftslage Deutschlands nicht nur, sondern der meisten kriegsführenden Staaten ist die Zerstörung der Produktion durch den Krieg. Ihre Folge ist die Weltwirtschaftskrise, die sich wie Del auf dem Wasser immer mehr und gleichmäßiger über die ganze Welt ausbreitet und überall immer größere Massen der Bevölkerung preisgibt. Denn nur die Ausschaltung durch die Einschränkung der Produktion überflüssig gewordenen Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß gewährleistet seine Rentabilität für die Besitzer der Produktionsmittel, eine Rentabilität, die der alleinige Motor der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt ist. Für die Entente-Bourgeoisie besteht zur Wiederherstellung ihrer vollen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit keine andere Möglichkeit als für die Deutschlands: beide Partner müssen die Ausbeutung der Arbeit steigern in bisher ungetrautem Maße. Ihre Interessen sind also gleich gerichtet und zwar insofern, als beide alles aufbieten müssen, um das Proletariat dienstwillig zu machen, wenn sie ihre kapitalistischen Grundlagen nicht in Gefahr bringen wollen. Selbsteigentlich das nicht, dann bedeutet das den Beginn fürchterlicher sozialer Kämpfe in der ganzen Welt, zu denen die Anführer in den Siegerstaaten ebenso deutlich erkennbar sind, wie in den besiegten Staaten selbst.

Die Konsequenzen aus dieser Sachlage sind klar. Die Entente-Bourgeoisie muß der deutschen Kollegen Hilfe leisten, um sie zur Aufrechterhaltung und Förderung der Produktion in Deutschland zu befähigen. Erst dann kann sie erwarten, von Deutschland Zuschüsse zu ihrer eigenen Wirtschaft zu erhalten und die Gefahren des sonst auch bei ihr unvermeidlichen allerschwersten Klassenkampfes vorläufig noch zu bannen. Zugleich aber muß sie außer den wirtschaftlichen Hilfen der deutschen Bourgeoisie die Mittel zur Durchführung einer Zwangspolitik gegen das deutsche Proletariat gewähren, das sowohl die Profite der deutschen Kapitalisten erarbeiten, wie

darüber hinaus Renten für die Entente-Bourgeoisie schaffen soll: Welcher Art diese sein werden, geht deutlich aus den wiederholten Hinweisen der deutschen Delegierten auf die Notwendigkeit der Sicherung von Ruhe- und Arbeitsfreudigkeit in Deutschland hervor.

Dieser Umstand des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins in dem Kampf um die Verschärfung der Ausbeutung insbesondere der deutschen Arbeiterklasse schafft der deutschen Bourgeoisie zwangsläufig die außerordentlich starke Stellung in Brüssel, über die zumal die bourgeoise Presse freudig berichtet. Was sie unter der Andeutung gegenseitigen Verständnisses versteht, kann nicht mehr zweifelhaft sein: Brüssels Wiedergutmachungskonferenz bedeutet die Erneuerung der „heiligen reaktionären Allianz“ gegen das Proletariat Deutschlands nicht nur, sondern gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die die Kosten des Kriegs allein tragen soll. Das aber bedeutet für das internationale Proletariat nicht allein die Aufrollung des Problems von Versailles, sondern des Problems der Weltrevolution, die allein es retten kann.

Der Moskajew Sozialist Severing (preussischer Innenminister) schwärmt für die Technische Nothilfe.

In einem Aufsatz „Schutz der Allgemeinheit durch die Technische Nothilfe“, der eben in der Zeitschrift „Die Räder“ erscheint, tritt der sozialdemokratische preussische Minister des Innern, Severing, für die Technische Nothilfe ein: Wenn die Leidenschaften wirtschaftlicher Kämpfe, Besonnenheit und Verantwortlichkeitsgefühl der Kämpfer der Allgemeinheit gegenüber vollständig ausschalten, wenn hohe volkswirtschaftliche Güter bedroht sind, deren Erhaltung nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern unmittelbar auch im größeren Interesse der kämpfenden selbst liegt, dann dürfe eine Regierung, die es mit dem Schutze der Interessen des Volkes ernst meint, nicht untätig zusehen, sondern müsse alle Mittel anwenden, um wichtige Produktionsmittel vor der Zerstörung zu bewahren; und vor dem gesunden Kern der Technischen Nothilfe anerkennt, der solle auch den Mut aufbringen, die Einrichtung auszubauen zu helfen, denn es liege heute im Interesse des gesamten Volkes, daß die Nothilfe der Nothilfe immer mehr vervollkommen wird, um ihre schwierige, aber wichtige Aufgabe im Dienste des Volkes ganz erfüllen zu können.

Breslauer Gemeindegewerkschafter!

Ihr habt erleben müssen, wie die Technische Nothilfe, die Streikbrecherbande des Kapitals, Euch während Eures letzten Streiks in den Rücken fiel — gerufen vom Moskajew-Sozialisten Stadtrat Neulirch.

Proletarier Breslaus!

Ihr wißt, daß die Technische Nothilfe in engster Verbindung mit dem Bürgerrat, der Orgefa, der Konterrevolution steht.

Die Technische Nothilfe ist nur das Instrument Eurer Todfeinde, der Bourgeois.

Und die Agenten der Bourgeois sind die Moskajewisten Severing — preussischer Innenminister — und der Breslauer Stadtrat Neulirch.

Merkt Euch das, Proletarier, und zieht daraus die Konsequenzen!

Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

4. Tag. Berlin, den 8. Dezember 1920.

(Fortsetzung.)

Eine große Rolle spielt noch heute der Neutralitätsschwindel. Die Gewerkschaften sollen wirtschaftlich kämpfen und parteipolitisch neutral bleiben. Dieser Schwindel bedingt jeden rechtssozialistischen und unabhängigen Verrat. Heute, wo jeder ernsthafte wirtschaftliche Kampf unmittelbar politisch wird, wirkt das Gerücht von der politischen Neutralität verwerflich, harnischend und konterrevolutionär. Wir müssen ihm entgegenhalten, daß alle Kämpfe heute Vorstufen sind zum Kampf um die politische Macht und erfolgreich nur kommunistisch geführt werden können.

wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen — und gegen dies Verständnis kränkt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger — solange werden diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus hämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Stütze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuerkraft und des im Dienste des Menschen wirkenden Feuers. Mit dieser Behandlung der heutigen Produktionskräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen. Damit wird die kapitalistische Anreizungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Anreizer knappt, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Anreizungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Anreizung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Anreizung als Lebens- und Genussmittel.

Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrheit der Bevölkerung in Proletariat verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollziehen genötigt ist. Indem sie mehr und mehr auf Verwandelung der großen, vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Beseitigung der Anreizungsweise. Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die

Die Frage der Gewerkschaftsinternationale wird heute benutzt, um die noch kleinbürgerlich-angstliche Arbeiterklasse gegen den Kommunismus mobil zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale war bis zum Kriege ein ganz loses Gebilde, bestimmt zum internationalen Materialaustausch, geführt von den Sozialpatrioten, den Legien, Jouhaug, Compers, Appleton, verriet sie mit Kriegsausbruch. Dieselben Führer beherrschen heute Amsterdam, Amsterdam ist heute das stärkste Dollwerk in den Händen der internationalen Kapitalistenklasse. Durch ihre Verklammerung mit dem Völkerbund über das Internationale Arbeitsamt erweckt die gelbe Internationale konterrevolutionäre Illusionen. Die rote Gewerkschaftsinternationale ist nicht gleichbedeutend mit der kommunistischen Internationale. Sie will die Gewerkschaften, die Arbeiter sammeln, die offen und ehrlich gebrochen haben mit dem Burgfrieden und den Arbeitergemeinschaftern und sich für den Klassenkampf ehrlich entschieden haben. Die rote Gewerkschaftsinternationale fordert kein kommunistisches Bekenntnis. Der Kampf um den Anschluß an sie ist keine Sache der bloßen Propaganda. Der Anschluß der Gewerkschaften an Moskau kann nur in dem Umfang geschehen, als sie tatsächlich revolutionäre sind und werden. Nicht um ein bloßes Symbol kämpfen wir, sondern um aktive revolutionäre Kämpfer selbst.

Zu ihrer Arbeit in den Gewerkschaften bilden die Kommunisten Fraktionen. Diese Fraktionen aber sollen nicht zu einer Abkapselung eines Teils der Gewerkschaftsmitglieder von den übrigen führen, sondern sie sollen ringen um Kopf und Herz der gesamten organisierten Arbeiter und damit einen engeren Zusammenschluß, eine intensivere gewerkschaftliche Arbeit vorbereiten. Sie müssen nicht sich abschließen, sie müssen Arbeitszentrum sein. Zwar werden sie mit den örtlichen Parteiorganisationen eng zusammenarbeiten müssen, aber es geht nicht, daß die Parteiorganisationen in ihre gewerkschaftliche Arbeit störend eingreifen. Die Fraktionen müssen zusammengefaßt werden und für ihre Arbeit können allein bindend sein die Beschlüsse des Gewerkschaftsbüros der Zentrale der R. P.

Die 9 Millionen Gewerkschaftsmitglieder sind der wichtigste Bestandteil des deutschen Proletariats. Wenn wir in unserer Arbeit an das anknüpfen, was sie alle drückt, an ihr sich häufendes Elend, an das Elend, das zur Tragödie wird hinter den Steinmauern der Großstädte, wenn wir dieses Elend hinausführen, durch unsere Arbeiten ihnen neues Vertrauen erwecken, sie herausholen aus ihren Steinhöhlen, sie zusammenfassen zu einer geschlossenen revolutionären Kraft, dann werden wir die Lösung ausgeben können: Friede den Hütten, Krieg den Palästen. Dann werden wir die Frage stellen können, vor die der zusammenbrechende Kapitalismus das Proletariat heute stellt: Tod oder Sieg? Und die Massen der Arbeiterklasse werden die Frage beantworten mit dem Kampf um den Sieg.

Die Debatte.

Nach Verlesung der eingelaufenen Abänderungsanträge zu den Richtlinien erhält Genosse Rusch, dem auf Antrag halbstündige Redezeit gewährt wird, das Wort. Er verweist darauf, daß sich gerade jetzt der A. D. G. B. mit den Vorbereitungen zu einer Aktion in der Sozialisierungsfrage und in der Ernährungs- und Wohnungsfrage beschäftigt. Da sich die Herren selber bewußt sind, daß sie mit ihren „Aktionen“ nichts ausrichten werden, versuchen sie schon jetzt, für das Mißlingen und Kommunismus die Schuld in die Schuhe zu schieben. Man kann in allen Gewerkschaftsversammlungen entsprechende Ausführungen hören. Es ist notwendig, etwas näher auf die Praxis der Arbeitsgemeinschaften einzugehen. Die Arbeitsgemeinschaften haben dazu geführt, daß die Unternehmer Riesengewinne einfahren, wovon sie den Arbeitern einige Pfennige als Lohnerhöhung zuschieben konnten. Jetzt häufen sich in den Zentralverbänden die Stimmen für den Austritt und auch der A. D. G. B. wird sich ihnen wahrscheinlich in kurzem anschließen. Das hängt damit zusammen, daß nach Annahme der Verfassung die arbeitsgemeinschaftlichen Körperlichkeiten Behörden geworden sind, wie der Eisenwirtschaftsbund, der Reichskohlenbund usw. Und es zeigt sich, daß selbst die revolutionäre Gewerkschaft, die auf ihre Fahne die Diktatur des Proletariats geschrieben

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Von Friedrich Engels.

(Fortsetzung.)

Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktionskräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formale Mittel, die Handhabe der Lösung. Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktionskräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Anreizungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den, jeder anderen Benutzung außer der irdischen entzogenen Produktionskräften. Damit wird der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, der sich heute gegen die Produzenten selbst kehrt, der die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als hindernißvolles Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten mit vollem Bewußtsein zur Geltung gebracht und umgewandelt sich aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst.

Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltig, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Geben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unter unserm Willen zu unterwerfen und vermittels ihrer unsere Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktionskräften. Solange

Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, d. h. eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewalttätigen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den, durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der Sklavenshaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsform mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Gezeffe beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft, auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein.

(Fortsetzung folgt.)

hat, der Metallarbeiterverband, auf Einladung des Reiches an der Arbeitsgemeinschaft im Eisenwirtschaftsbund teilnimmt. Was dabei herauskommt, erfährt man daran, daß die Eisenpreise um das Bierzig- bis Fünzigfache gestiegen sind. So handeln die Diktator und Genossen, die angeblich die Arbeitsgemeinschaft ablehnen. (Fortsetzung folgt.)

Internationale.

Die Dritte Internationale an die Schweizer Linke.

Sinowjew sandte an die Schweizer Linke folgendes Telegramm: „Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet seinen brüderlichen Gruß den Genossen, welche den Kongress verließen, auf welchem die Schweizer Kantonalen und Scheibemänner das Übergewicht besaßen. Ihr habt auf dem Kongress 213 Stimmen gegen 350 erlangt. Dies ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein nennenswerter Erfolg. Wir richten an Euch die Bitte, Euch möglichst rasch mit der kommunistischen Partei der Schweiz zu vereinigen und dadurch gegen die Sozialverräter und Zentrumsleute eine Einheitsfront zu bilden. Nach und nach werden sich alle selbstbewußten Arbeiter der Schweiz uns anschließen. Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei der Schweiz!“

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß in Australien

J. P. Sidney: Eine neue gewerkschaftliche Organisation, die alle Eisenbahner von Australien umfassen will, hat sich unter dem Namen „Australischer Eisenbahnerverband“ gebildet. Die Statuten sind so gefaßt, daß sie gleichermaßen für Industrie und Handwerk Geltung haben und ebenso alle Beamtenkategorien, wie auch Angestellte aller Eisen- und Tramwaygesellschaften Australiens greifen. Die neue Organisation hängt mit einer Mitgliedschaft von 45000 Mann an, hofft aber rasch auf 120000 Mann — das ist die Zahl der Angestellten aller australischen Gesellschaften — anzuwachsen. Später gedenkt der Verband sich mit den Berg- und Transportarbeitern zusammenzuschließen.

Kanada.

J. P. Toronto, Kanada: Die herrschende Klasse Kanadas rast, weil die unbefriedigten früheren Soldaten sich dem Internationalen Verband der Kriegsteilnehmer anschließen wollen. Die Polizei berichtet fortlaufend über die Anstrengungen, die gemacht werden, um mit Henri Barbusse und anderen Personen zusammen zu arbeiten, die sich einsetzen für den Aufbau einer Internationale der Arbeiter, die im Weltkrieg gekämpft haben. Als „Volkswissenschaftliches Programm“ wird der Einladungsbrief abgestempelt, den Henri Barbusse an das Sekretariat der „Vereinigung der Weltkriegsveteranen“ gesandt hat.

Nach den griechischen Wahlen.

Athen, 15. Dezember 1920. (Kofka Wien.) Die ganze Wahlkampagne der bürgerlichen Gegner von Venizelos war nichts als ein Gewebe demagogischer Versprechungen, die die Sieger des 14. November nun mit Füßen treten. Die thessalischen Bauern zum Beispiel werden sich die Haare ausraufen, daß sie ihre Stimmen nur mit starker Widerheit den Kommunisten gegeben haben. Denn die neue Regierung, die vor den Wahlen eine radikale Befreiung in der Agrarfrage versprochen hatte, hat soeben die pseudo-radikale Reform der Kadikalen zunichte gemacht und gestattet nicht die Aufteilung der Grundstücke unter die Bauern.

Auflösung der spanischen Gewerkschaften.

Die Regierung hat erklärt, daß sie diejenigen Unternehmer, die noch mit den Gewerkschaften verhandeln, bestrafen wird, da diese gesetzlich aufgelöst sind. Es handelt sich hier offenbar um die ehemals syndikalistischen Gewerkschaften Spaniens. Diese haben kürzlich die Reste ihrer kleinbürgerlich-anarchistischen Ideologie der Vorkriegszeit aufgegeben, sind vollberechtigte Mitglieder der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationale und standen vor der organisatorischen Vereinigung mit den sozialistischen Gewerkschaften Spaniens. Schwierigkeiten bestanden nur noch in der Frage des Ausschlusses des opportunistischen Flügels der C. S. T. Die Syndikalisten, die die Diktatur des Proletariats und die Rätemacht anerkennen, waren der Mitgliederzahl nach nicht weniger stark als die C. S. T. Ihr Einfluß auf die arbeitenden und arbeitslosen Massen Spaniens ist nach Kriegsende infolge der wirtschaftlichen Not des Proletariats außerordentlich gestiegen. Der Auflösungsakt der spanischen Regierung — die gegenwärtig eine der reaktionärsten der ganzen Welt ist — zeigt, wie scharf die Massenengpässe in Spanien zugepöpst sind, wie die Bourgeoisie bereits zu den äußersten Mitteln des Terrors greifen muß, um sich am Ruder zu halten. Es ist fraglich, ob die spanische Arbeiterschaft die Auflösung ihrer Klassenorganisation ruhig hinnehmen wird.

Der Sozialdemokrat Daczynski tritt ab.

Der Zentralrat der berüchtigten revolutionsfeindlichen polnischen Rechtssozialisten hat den Beschluß gefaßt, die Vertreter der Partei aus der Regierung zurückzuführen. Der Grundgedanke der Koalitionsregierung, die Verteidigung des Staates (des polnischen Großgrundbesitzes, der Warschauer Schieber, der korrupten Bürokratie) sei erschöpft. Ein Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Reaktion sei nicht mehr angängig. Es ist also Schluß mit der Ministerherrlichkeit Ignaz Daczynski, des polnischen Scheidemanns. Wer aber glauben wollte, das bedeute eine Schwärzung der P. P. S. nach links, der würde sich schwer täuschen. Es liegt hier daselbe vor, was wir in Deutschland nach dem 6. Juni erlebten: Die Rechtssozialisten müssen, nachdem sie der Reaktion in den Sattel verholpen haben, als erstes Opfer dieser Reaktion weichen, um unruhigere Oppositionelle zu werden.

Rußland.

Der Moskauer Sowjetkongress.

Auf dem hier eröffneten Kongress der Moskauer Sowjets gehörten von 560 Abgeordneten 450 der Kommunistischen Partei an. Komarow eröffnete die Sitzung als Vorsitzender der Moskauer Sowjets. Die Aufgabe des Kongresses ist eine gründliche Durchberatung der wirtschaftlichen Lage Russlands und der ferneren Befestigung der Sowjetgewalten. Klara Zetkin wurde zur Ehrenvorsitzenden gewählt. In der ersten Sitzung berichtete Trozki über die internationale Lage. Er legte besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß Rußland nach wie vor nach dem Frieden strebe, es aber keine Bürgerkriege für neue Ueberfälle von anderer Seite habe. Rußland denke daher nicht daran, ganz abzurüsten und eine Beute des Weltkapitalismus zu werden. Die ganze Kriegsmaschine solle zwar auf ein Minimum beschränkt werden, und alle Streitkräfte, die irgendwie entbehrt werden könnten, sollten in den wirtschaftlichen Dienst eingestellt werden, aber ein schlagfertiges Heer müsse Rußland haben, um jederzeit gegen Ueberfälle gerüstet zu sein. Der große Rat für Arbeit und Verteidigung soll in Gemeinschaft mit einem militärischen Rat zu einer großen wirtschaftlichen Konferenz ausgebaut werden. Es müsse jedem Russen klar sein, daß jeder Bauer und jeder Arbeiter nicht mehr wie früher ein Dienstknecht, sondern daß er nun Meister im Sowjetstaat sei. Der Kongress wird gleichzeitig die Abgeordneten für den 8. Allrussischen Sowjetkongress ernennen.

Zurück zur Arbeit.

Moskau, 17. Dezember. (Kofka Wien.) Nach dem Eintreffen der aus der Roten Armee nach Petrograd zurückberufenen Arbeiter haben beinahe alle Werkstätten der Putilow-Fabrik die Arbeit wieder aufgenommen. Gegenwärtig sind in der Fabrik 6000 Arbeiter beschäftigt.

Der neueste gegenrevolutionäre Plan.

Warschau, 20. Dezember 1920. (Kofka Wien.) Laut polnischen Tagesblättern ist in Warschau der General Pawlanko, der unter Petljura gegen die Bolschewiki gekämpft hat, angekommen, um inoffiziell mit den Vertretern der Entente und der polnischen Regierung über die nächsten Unternehmungen gegen Sowjetrußland zu konferieren.

Die russische „Diktatur“ gegen das Proletariat.

Ein Diskussionsblatt der Russischen Kommunistischen Partei. (Kofka Wien.) „Pravda“ schreibt: Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei schreitet an die Herausgabe eines „Diskussionsblattes“, dessen Aufgabe es sein soll, allen Parteimitgliedern die Kritik der Tätigkeit der Sowjet- und Parteiministerien zu ermöglichen und dieselbe in die richtige Bahn zu lenken.

Republik Deutschland

Die russische Konterrevolution in Berlin.

Wrangels Verbetätigung.

Wir sind heute in der Lage, unsere Mitteilungen über die Arbeit der russischen Konterrevolution durch wertvolle neue Angaben zu ergänzen, die noch deutlicher den Zusammenhang zwischen dem scheinheiligen Geschrei der Deutschnationalen und der Arbeit ihrer konterrevolutionären russischen Freunde zeigen. Hinter dem Verlangen nach der Beseitigung des russischen Bevollmächtigten Viktor Kopp steht nichts anderes als der Wunsch, freie Bahn zu bekommen für die Werbearbeit der russischen Konterrevolutionäre in den Interniertenlagern, in denen die Wrangelsche Delegation, Zentrale Berlin, Uhländstraße 156, eine systematische Werbearbeit entfaltet. Hierbei spielt ein Teil der mit der Roten Armee bei der polnischen Offensive auf deutschen Boden übergetretenen ehemals zaristischen Offiziere eine Rolle.

Diese Herren witterten, sobald sie die ostpreussische Grenze überschritten hatten, wieder Morgenluft und fanden bald den Weg nach der Uhländstraße, die ganz systematisch die Verschiebung von Offizieren und Mannschaften aus Deutschland gemeinsam mit der „Wladimirbrüderschaft“, über die wir bereits näheres berichtet, betreibt.

Die Gelder für die Berliner Mission Wrangel fließen reichlich, besonders aus England, unter dem Deckmantel von Gaben für Arbeitsgemeinschaften der Kriegsgefangenen, so daß ein Ausbau der Organisation und die Entsendung von Agitatoren nach allen Lagern zur Werbung von Offizieren und Mannschaften zur weißen Armee geplant ist.

Ueber die feindselige Arbeit von Wrangels Berliner Mission können wir mit einigen genaueren Angaben dienen. Vom 16. bis 22. Oktober fand in Berlin in der Uhländstraße eine größere militärische Konferenz statt, zu der sich unter anderen am 15. Oktober der Oberst Schischukin, sowie am 19. Oktober der Hauptmann Langhaus und die Oberleutnants Runsa und Slepian aus Altdamm begeben hatten. Slepian spielt allem Anscheine nach die Hauptrolle.

Zu dieser Sitzung waren u. a. eingeladen der zurzeit in London lebende Oberst des zaristischen Generalstabs Nikolai Nikolajewitsch Korotajew, nach dessen Mitteilungen bereits 2 Transporte an die Wrangelfront von 2000 bzw. 1360 Mann zusammengestellt sind. Nach Mitteilungen des Hauptmanns Wassiljew in Altdamm wurde beschlossen, nur die Hälfte an Wrangel, die andere Hälfte aber zu Semjonow nach Sibirien zu senden. Nach den Berichten des Leutnants Wesnesenski und des Obersten Solowuschin zeigt die französische Mission in Berlin großes Entgegenkommen und stellt größere Geldmittel in Aussicht, wenn es nur gelingt, einen endgültigen Frieden zwischen Sowjet-Rußland und Polen zu verhindern.

Hauptgegenstand der praktischen Beratungen war eine längere Diskussion der Frage, ob man die für die weiße Armee aus den Lagern ausgeworbenen Mannschaften direkt

aus den Lagern nach Frankreich transportieren solle oder ob man sie besser erst in den bekannten „Arbeitsgemeinschaften“ unterbringe. Es wurde beschlossen, sie in Kommandos von 12 Mann vorläufig bei „sympathisierenden“ Gutbesitzern unterzubringen und sie erst von dort weiterzubefördern, damit die Verschiebung möglichst unauffällig vor sich geht.

In den letzten Tagen bemerkt man in den Lagern eine erhöhte Reisetätigkeit der Offiziere scheinbar zu militärischen Zwecken.

Wir aber fragen: Weiß die deutsche Regierung, die genügend Mittel hat, um hinter jedem, besonders ausländischen Kommunisten, einen Spindel nachschleichen zu lassen, weiß die deutsche Regierung, die jetzt wieder den Genossen Viktor Stern als „lästigen Ausländer“ hat verschoben lassen, weiß sie nichts von diesen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes lästigen Ausländern?

Der erste Kampf.

Dem Kampfe um die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes muß größere Beachtung beigelegt werden. Es handelt sich nicht um den lokalen Kampf einer gewerkschaftlichen Ortsgruppe, sondern um den Kampf der beiden großen politischen Richtungen, die innerhalb des deutschen Proletariats miteinander um die Massen ringen. Auf der einen Seite stand die Vereinigte Kommunistische Partei mit ihrem revolutionären Programm und auf der anderen Seite die Vereinigte rechtssozialistische und unabhängige Partei mit ihrem Programm der Demokratie und Arbeitsgemeinschaften. Das Programm der V. K. P. D. war jedem klar. Wenn für die Liste Müllers, die als Liste der V. K. P. D. galt, 30 063 Stimmen abgegeben wurden, so kann man ruhig sagen, daß diese Wähler als Arbeiter zu betrachten sind, die sich über ihre politische Stellung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen vollständig klar sind. Das trifft aber nicht zu auf die übrigen 31458 Wähler der Liste Ziska-Urich. Hier vereinigen sich Rechtssozialisten, die auf die Demokratie schwören, und Unabhängige, die sich zum Teil theoretisch zur Diktatur des Proletariats bekennen.

Berlin war von jeher der Brennpunkt der parteipolitischen Kämpfe. Die Rechtssozialisten behaupteten nach der Novemberrevolution vom Jahre 1918 das Feld. Sie wurden verdrängt durch die Unabhängigen, die lange Zeit die Mehrheit des Berliner Proletariats hinter sich hatten. Jetzt erscheint als Massenpartei die neu gegründete V. K. P. D. Die Wahlen im Metallarbeiterverband sind ein Gradmesser für ihre Stärke. Die V. K. P. D. ist trotz ihres kurzen Bestehens bereits ebenso stark, wie die Rechtssozialisten und Unabhängigen zusammen. Das ist durch die Urwahl festgestellt und das Entscheidende bei der Beurteilung dieser Wahl. Ob die Ziska-Leute bei einer Wahlbeteiligung von ca. 63 000 Wählern mit etwas über 1000 Stimmen Majorität aus der Wahl hervorgegangen sind und die Leitung der Berliner Ortsverwaltung des D. M. A. in die Hand bekommen, ist politisch erst an zweiter Stelle zu bewerten. 30 000 Stimmen für die Anhänger der V. K. P. D. stellt ein so günstiges Resultat vor, wie wir es nicht erwartet hätten.

Eisberich an sein Volk.

Die Arbeit, die früher Wilhelm und später Fritz Ebert hatte, nämlich an Weihnachten das Volk zu beauftragen, diese schwere Arbeit hat dieses Mal ihr illegitimer Nachfolger und wirklicher Machthaber in Deutschland, Herr Hauptmann Escherich, übernommen. In einem geschickt stilisierten „Weihnachtsgruß“, den die rechtsstehende Presse abdruckt, meint er treuherzig:

„Das erste Jahr unserer gemeinsamen Tätigkeit geht zur Neige. Viel haben wir schon erreicht, weit mehr steht uns noch zu leisten bevor.“

Worin dieses „weit mehr“ besteht, kann natürlich der Dummste zwischen den Zeilen lesen. Und was sich Escherich aus dem Scheinverbot der Regierung macht, das sagt er auch ganz offen:

„Mag man uns bekämpfen so viel man will, wir werden nicht unterliegen, denn unsere Herzen sind stark und rein. Das deutsche Vaterland braucht mehr denn je die freiwillige Hilfe aller Gutgesinnten. Dies soll es bei uns in reichstem Maße finden!“

Das ist mein Weihnachtswunsch, das mein Hoffen für das kommende Jahr!“

Profit Neujahr, Herr Forstrat mit dem reinen Herzen!

Monarchisten-Freiheit.

Der Herzog von Braunschweig ist erwerbslos. Durch drei Abgelandte hat er dem braunschweigischen Ministerpräsidenten seine Ansprüche an den braunschweigischen Staat mitgeteilt. Danach verlangt der ehemalige Herzog:

Ein Fünftel aller staatlichen Domänen, ein Neuntel aller staatlichen Forsten, das Schloß Blankenburg mit allen Gebäuden, das Gebiet, ferner Ersatz für alle seit der Revolution abhanden gekommenen und vom braunschweigischen Staat in Benutzung genommenen Möbel, Fahrzeuge und dergl. in Goldwährung. Außerdem das Landesmuseum nebst Inhalt und verschiedene andere Besitztümer.

Die Werte der verlangten Objekte betragen mindestens 250 Millionen. Würde der braunschweigische Staat diese Forderungen bewilligen, so wäre sein Bankrott besiegelt. Die bürgerlichen Parteien im braunschweigischen Landtag waren bereit, diese Forderungen des Herzogs zu unterstützen und als „gerecht“ zu erklären. Die drei sozialdemokratischen Parteien lehnten sie jedoch ab.

Man braucht nur diese Forderungen des herzoglichen Schmarozers in Vergleich zu stellen mit den bescheidenen Wünschen der proletarischen Arbeitslosen, der Eisenbahner und Beamten, um die ganze herausfordernde Frechheit der bürgerlichen Klasse zu begreifen. Dieselben bürgerlichen Parteien, die „gis übrig haben als leere Konzepte und die

